

...stabilen. Das
 ...Daur, der sich auch
 ...ng besonders. Herr
 ...e musikalischen Num-
 ...sch den Abend mit
 ...n predigte Herr Dr.
 ...ienst trug den Cha-
 ...antenreiche Predigt
 ...nde. Am Montag
 ...eine Andacht. Am
 ...dacht in der Kirche
 ...wachsene. Herr Dr.
 ...äfer und Vieder von
 ...„Des Christen Le-
 ...sten haben im Got-
 ...re Wirkung auf das
 ...rn sich bei Gelegen-
 ...e Vorzüge und die
 ...nzen befriedigend.
 ...hr Teilnehmer ge-
 ...gemäß ein Versuch,
 ...an gewöhnt. Als
 ...icht etwa möglichst
 ...ten Gedanken wün-
 ...en Gemeindefeiers
 ...en mit glühenden
 ...die immer zugleich
 ...n, kann allein ein
 ...en. Ein Versuch in
 ...nd, der in unserer
 ...t.
 ...eltmann, Calw,
 ...schneider, Calw.
 ...hengstett.
 ...9. November
 ...r Verein
 ...zum „Köbke“
 ...ine
 ...tfeier
 ...b.
 ...ührung 1/6 Uhr.
 ...b.
 ...is zum „Schiff“
 ...örse
 ...ladel Eug. Harth.
 ...KA LINIE
 ...ST MIT DEN
 ...LINES INC
 ...UND SÜD-
 ...KA
 ...EN USW.
 ...deutsche und
 ...vorrangende
 ...nd Rauchsaal.
 ...tendampfer
 ...hrien von
 ...NEW YORK
 ...hien durch
 ...KA LINIE
 ...eter
 ...arkplatz.
 ...ubberg
 ...anstalt.
 ...chaible, Badstr.
 ...lwer Tagblatt“



Nr. 270 Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 97. Jahrgang.
 Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite RM 20.—
 Samstag, den 18. November 1922. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn RM 2.50.— monatlich. Postbezugs-
 Preis RM 2.80.— mit Briefgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Versuche des Geheimrats Cuno, ein neues Kabinett zu bilden, scheinen nicht von raschem Erfolg begleitet zu sein. Es sind bis jetzt noch keinerlei Anhaltspunkte für eine etwaige Zusammenlegung vorhanden. Die Schwierigkeit scheint darin zu liegen, daß die Sozialdemokraten mit der Deutschen Volkspartei zusammen vorläufig in der Reichsregierung nicht arbeiten wollen, und daß sie gewisse Zusicherungen von Cuno bezüglich seines Programms wünschen.

Wie Frankreich die Reparationsfrage regeln will, das geht aus der letzten Rede Poincaré hervor, die die üblichen verkleumderten Beschuldigungen Deutschlands enthält, und in der er wieder auf die bekannten Forderungen der Finanzkontrolle und der „Pfänder“, d. h. der Beschlagnahme weiteren deutschen Besitzes hinweist. Die Reparationsfrage ist für Frankreich erst gelöst, wenn Deutschland zur Zahlung gezwungen werde, wenn die Schulden Frankreichs an die Alliierten geregelt und wenn die Alliierten sich auf Bündnisverträge einlassen, die den Haub der Borcherschaft Frankreichs in Europa sicherstellen. Das ist der Sinn der Rede Poincaré's. Daß die Kammer mit dem Gewaltprogramm Poincaré's einig ist, bestätigte sie mit 462 gegen 121 Stimmen.

Die Orientkrisis nimmt immer ernstere Gestalt an. Der Sultan ist auf ein englisches Kriegsschiff gestochen. Die Engländer geben sich natürlich alle Mühe, Zwietracht ins türkische Volk zu tragen, um die Stoßkraft der türkischen Nationalisten zu zersplittern.

Die Reparationsfrage.

Eine neue Lügen- und Drohhede Poincaré's.
 Paris, 17. Nov. In der heutigen Sitzung der Kammer wurde die Diskussion über die Interpellationen betreffend die allgemeine und die äußere Politik der Regierung fortgesetzt. Präsident Poincaré, der am letzten Freitag über die innere Politik gesprochen hatte, erklärte heute, er hoffe, daß ein Einvernehmen der Alliierten auch vor der Konferenz von Brüssel in der Reparationsfrage erreicht werde. Bezüglich der Rede Loucheurs über den Plan von Chequers und unter Hinweis darauf, daß seine Vorschläge wegen des formalen Einpruchs von Lord George gescheitert seien, ging Poincaré dazu über, von der Rolle der Reparationskommission und des Bankierausschusses zu sprechen. Der letztere habe die Frage einer internationalen Anleihe für Deutschland günstig beurteilt, aber eine Herabsetzung der deutschen Schuld verbunden, zum Schaden der Reparationen, weshalb es die Pflicht Frankreichs sei, sich dem zu widersetzen. Inzwischen habe sich der Sturz der Mark beschleunigt. Im Juli habe Deutschland ein Moratorium für seine Zahlungen vom 15. August verlangt. Gewiß sei die Zahlungsfähigkeit Deutschlands augenblicklich verringert, aber er glaube (1), dies sei auf deutsche Manöver zurückzuführen und könne rasch verbessert werden. Deutschland habe noch nicht auf seinen Weherschuldungsraum verzichtet. Es habe alles getan, um die Weltmärkte wieder zu erobern und seine günstige Lage habe es seinen Industriellen gestattet, zu niedrigen Preisen zu verkaufen, denen keine Konkurrenz gewachsen sei. Deutschland habe den deutschen Staat systematisch ruiniert und einzelne deutsche Bürger bereichert. (Der Abg. André Lefevre ruft: Seit 4 Jahren haben die Deutschen keine Steuern bezahlt. Man schickt ihnen die Steuerzettel zu, aber man fordert sie nicht auf, sie zu bezahlen.) Poincaré fuhr fort und schilderte die Lage bei der Londoner August-Konferenz. Er habe erklärt, daß, wenn Deutschland das Moratorium bewilligt werde, gewisse fiskalische Garantien gefordert werden, d. h. eine Kontrolle ausgeübt werden müsse. Die britische Regierung habe den Grundsatz der Kontrolle angenommen, aber sei stumm geblieben hinsichtlich der Pfänderfrage. Unter diesen Umständen habe er vorgezogen, nach Frankreich mit leeren Händen, aber mit freien Händen zurückzukehren. Die Retorsionsmaßnahmen, die später ergriffen worden seien, hätten sich nicht auf die Reparationen bezogen.

Wenn die Regierung hinsichtlich der Reparationen keine Maßnahmen ergriffen hat, so sei das mit Rücksicht auf die Belgier erfolgt und um die Lösung in Brüssel zu erleichtern, wo die drei Probleme: die Reparationen, die interalliierten Schulden und die internationalen Abkommen einer Lösung entgegengeführt werden sollten, an der die Alliierten mitarbeiten könnten. Aber wenn Frankreich keine endgültigen Maßnahmen ergriffen habe, so sei das unter der wohlverstandenen Bedingung geschehen, daß man

nicht versuchen werde, ihm vor der Konferenz von Brüssel eine solche aufzuzwingen. Ein Vorschlag, der englischen Ursprungs und jüngst formuliert worden sei, setze Vertrauen auf Deutschland voraus. Aber wir können, so erklärte Poincaré kein Vertrauen zu Deutschland haben, das niemals den aufrichtigen Wunsch gehabt hat, seine Reparationspflicht zu begleichen. Dem scheinbaren Ruin des deutschen Staates muß man standhafte Prosserität der deutschen Industrie gegenüberstellen, ungeheure Käufe in den Vereinigten Staaten und das Fehlen jeder Arbeitslosigkeit auf deutschem Gebiet. Zweifelsohne könne Deutschland augenblicklich nicht bezahlen, weder in Papiermark noch etwa mit dem Goldvorrat der Reichsbank, aber es könne ein vernünftiges Programm für Sachleistungen ausführen, es könne seine Großfinanz und seine Industriellen veranlassen, einen Teil der ausländischen Devisen, die sie im Ausland besitzen, nach Deutschland zurückzuführen. Es könne Geld leihen, wie Frankreich es im Jahre 1871 getan habe. Aber man werde nichts von Deutschland erlangen, wenn man sich darauf beschränke, zu bitten.

Die Stunde sei gekommen, in der die Alliierten einig sein müßten über die Mittel, die man angesichts der deutschen Verfehlung anwenden müsse. Nach Kriegsschluß habe das Deutsche Reich systematisch die Zahl und die Gehälter seiner Beamten erhöht, seine Kanäle und seine Eisenbahn vervollständigt und mit vollen Händen ausgegeben, ohne neue Steuern einzuführen, ja ohne die bestehenden Steuern einzulassen. Es habe von der Inflation gelebt. Es könne also nicht mehr behaupten, daß der Marksturz wegen der ungeheuren Schulden und der geleisteten Zahlungen erfolgt sei. Die Zahlungen Deutschlands reduzierten sich auf einige wenige Milliarden, während Frankreich 90 Milliarden auf Reparationskonto vorgeschossen habe. Es könne also nicht von dem Vertrag von Versailles die Ursache des Marksturzes herkommen. Die Hauptursache sei in der budgetären Unordnung zu suchen, die Deutschland gewollt oder doch wenigstens geduldet habe. Gewiß hätten nebensächliche Ursachen den Sturz beschleunigt, so beispielsweise die deutsche Handelsbilanz, die man auch sehr schwer ausstellen könne, die aber ein Defizit auszuweisen scheine. Aber solange nicht die von der Reparationskommission verlangte Kontrolle existiere, wisse man nicht, woran man sich zu halten habe. (Abg. Marcel Hubert ruft dazwischen: hat sich über uns lustig gemacht.) Poincaré antwortet: Ich befürchte das. Nach seiner Ansicht wurde der Export unterdrückt, während ein beträchtlicher Import von Rohmaterialien und anderen Gegenständen erfolgt sei, der nicht unerlässlich für die Existenz Deutschlands gewesen sei. Alles das gestatte die Annahme, daß Deutschland für die Krise verantwortlich sei, die es jetzt durchmache. Poincaré gab zu, daß Deutschland ebensowenig wie irgend ein anderer Staat heute mit seinem Geld seine äußere Schuld begleichen könne. Aber das könne geschehen durch einen äußeren Kredit, den es erzielen könne, wenn es seine Finanzen reformiere. Deutschland könne aber auch mit Material und durch Wiederaufbauarbeiten im eigentlichen Sinne bezahlen. Nach Poincaré's Ansicht hätte Deutschland wie Frankreich nach 1871 versuchen müssen, seine Schuld durch Anleihe zu begleichen. Er habe die Ueberzeugung, daß keine Maßnahme zum Ziel führe, wenn Deutschland nicht in gleicher Weise durch strenge Mittel seinen Kredit hebe, auch wenn es nicht seine Finanzen saniere. Poincaré sprach dann auch von dem Abschluß wirtschaftlicher Abkommen mit Deutschland und sagt, die Währung könne nur saniert werden zuerst durch die Devaluation und dann durch die Stabilisierung. Welche Lösung auch gefunden werde, um die Lage Deutschlands wieder in Ordnung zu bringen, Frankreich könne nur eine Lösung annehmen, die seine Stellung als beherrschender Gläubiger sichere. Frankreich könne nicht auf seine Pfänder zugunsten anderer Gläubiger verzichten und wenn ein Moratorium bewilligt werde, so könne dies nur geschehen unter den Bindungen, die in London ausinandergesetzt worden seien, d. h. durch effektive Pfänder. Frankreich verlange nur einige der von den Deutschen versprochenen Stücke, die der Vertrag von Versailles als Hypothek bezeichnet habe. Frankreich werde die geduldeten Anstrengungen machen, damit seine Alliierten den gleichen Standpunkt vertreten. Niemals werde Frankreich mit freudigem Herzen Zwangsmahnahmen ins Auge fassen und niemals werde Frankreich freudigen Herzens seine Rechte auf Sanktionen aufrecht erhalten. Frankreich werde es vorziehen, seine Forderungen in Ruhe einziehen zu können,

aber Frankreich könne auch auf keine der friedlichen Waffen verzichten, die der Vertrag ihm in die Hand gebe. Es könne nicht dulden, daß man ihm diese Waffe aus der Hand schlage. Loucheur habe kürzlich gesagt, die Sicherheit gehe ihm über die Reparationsfrage. Ja, sagte Poincaré, wenn wir vor diese tragische Wahl gestellt werden, bin ich auch dabei. Aber das wollen wir nicht. Die Pfänder, die unsere Rechte garantieren, sind zugleich die besten Pfänder, die unser Guthaben sicherstellen. Wenn es nötig wäre, würden wir ihren Betrieb selbst in die Hand nehmen und dadurch nur den Friedensvertrag von Versailles ausführen. Zum Schluß sagte Poincaré, Frankreich habe es durch seine Opfer verdient, daß man ihm die Priorität gebe. Diese Priorität sei ihm verweigert worden. Es habe nur einen Anteil erzielt. Obwohl die stärksten Forderungen, habe es doch bei der Lösung der Frage kein Voraus erreicht, im Gegenteil es sei in der Reparationskommission immer in der Gefahr, in die Minderheit zu geraten. Die Alliierten könnten kein Moratorium bewilligen, ohne Pfänder zu nehmen, ohne gewisse Garantien und ohne ernsthafte Kontrolle der deutschen Finanzen. Poincaré rechnet aber mit der aktiven Sympathie der Alliierten. Heute wie gestern sei die Sache Frankreichs die der Gerechtigkeit (?). Wenn Frankreich durch das Verjagen Deutschlands ruiniert werde, wäre das eine Herausforderung des guten Rechts. Gehen wir also, so schloß Poincaré, nach Brüssel in der wohlverstandenen Absicht, daß Frankreich Gerechtigkeit zuteil wird. — Hierauf interpellierte der Abgeordnete Lebas über die Streikbewegung in Le Havre.

Die gegenwärtige „Arbeit“ der Reparationskommission.

Paris, 18. Nov. Wie Havas mitteilt, hat die Reparationskommission gestern Vormittag in einer offiziellen Sitzung laufende Angelegenheiten erledigt. Gestern Nachmittag wurden in einer zweiten offiziellen Sitzung die Holz- und Kohlenlieferungen behandelt. Havas zufolge soll sich die Kommission in erster Linie mit den Verhältnissen beschäftigen, die hinsichtlich der Lieferungen im Laufe des Jahres 1922 festgestellt worden sind. Dann muß sie mit der Aufstellung des Lieferungsprogramms für 1923 beginnen. Zum größten Teil hänge dieses Programm übrigens von der allgemeinen Regelung der Reparationsfrage ab, was die Bedeutung der in dieser Angelegenheit jetzt oder in einer späteren offiziellen Sitzung neu zu fassenden Beschlüsse beträchtlich herabmindere.

Die Orientkrisis.

Die französische Regierung mit dem englischen Orientprogramm einverstanden (1)

Paris, 16. Nov. (Draht. W.-B.) Die Denkschrift des englischen Auswärtigen Amtes, die gestern überreicht wurde, wurde nachmittags von Poincaré geprüft. Der diplomatische Mitarbeiter der Havas-Agentur glaubt zu wissen, daß die darin enthaltenen Ansichten den Ansichten der französischen Regierung sehr ähnlich seien. Sie beruhten hauptsächlich auf dem interalliierten Abkommen vom 3. September. Poincaré hat gestern Abend London verständigt, ohne auf die britische Denkschrift mit einer bis ins einzelne gehenden Note zu antworten, er finde nichts in diesem Sachverhalt, was geeignet sei, ein Einvernehmen zwischen beiden Regierungen zu verhindern. Ueber die Grundzüge, die die französische und die englische Abordnung im Laufe der Verhandlungen berücksichtigen werde, herrscht beiderseits Entgegenkommen. Unter diesen Umständen zweifle man nicht daran, daß Lord Curzon am Samstag zu Beratungen mit Poincaré nach Paris kommt. Die beiden Staatsmänner werden Paris am darauffolgenden Tag mit dem Ziel Lausanne verlassen, wo sie mit dem italienischen Vertreter vor der Eröffnung der Konferenz zusammenkommen. Poincaré wird jedenfalls an der Eröffnungssitzung am 21. November teilnehmen, aber nicht das Wort ergreifen. Der Departementschef des politischen Departements des Schweizer Bundesrates, Motta, wird den Vorsitz führen und die Eröffnungsrede halten. Es ist wahrscheinlich, daß die Abordnungen sich dahin einigen, die weiteren Sitzungen als privat zu betrachten. — Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, enthält die englische Denkschrift keinen Hinweis auf die Maßnahmen, die getroffen werden sollen, um die Türken zur Annahme der Friedensbedingungen zu bringen. Vermutlich werde noch Curzon über diese Frage persönlich

berhandeln, namentlich aber über die Frage der Befestigung der Meerengen. Die Denkschrift begnügt sich, auf die Beschränkungsmaßnahmen der türkischen Bewaffnung in den europäischen Gebieten hinzuweisen. Man werde jedenfalls eine militärische Zone mit einer internationalen Aufsicht aufrecht erhalten. Was die finanziellen Klauseln anbetreffe, so scheine man darauf verzichten zu wollen, von der Türkei eine Kriegsschadigung zu verlangen. Nur die den in der Türkei wohnenden Fremden zugefügten Eigentumschäden sollen ersetzt werden. Die Abschaffung der Kapitulationen scheine zugestanden zu sein, jedoch seien Vorkehrungen getroffen, daß in fiskalischer Hinsicht die Fremden nicht etwa von der türkischen Verwaltung ungünstig behandelt werden könnten. Eine gemischte Kommission soll die Reform der Gerichte vorbereiten. Endlich beschäftigt sich die Denkschrift auch mit dem Schutz der christlichen Minderheiten. Europäische Offiziere sollen der türkischen Gendarmerie beigegeben werden, um eine Ueberwachung nach dieser Richtung auszuüben.

Die englisch-französischen Vorbereitungen.

Paris, 17. Nov. Lord Curzon trifft heute Abend in Begleitung des Unterstaatssekretärs Sir William Tyrrell Harold Michelson und zweier Vertreter der Admiralität und des Kriegsamt in Paris ein.

Beschwerde der Alliierten gegen türkische Zölle.

Paris, 18. Nov. Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel haben die alliierten Oberkommissare in einer an Rifaat Pascha gerichteten Note gegen die neue Entscheidung Protest eingelegt, die den Handel nötigt, für Waren, die im Transit begriffen sind, oder die nach ihren Ursprungsorten zurückgeführt werden, den angelegten Zöllen beizutreten.

Polen will an der Orientkonferenz teilnehmen.

Warschau, 16. Nov. Nach dem „Kurjer Poranny“ hat die polnische Regierung an Frankreich, England und Italien Noten gerichtet, in denen sie die Teilnahme Polens an der Lausanner Konferenz verlangt. Das Blatt erwartet, daß Polen ohne Stimmrecht zugelassen werde.

Warschau, 17. Nov. Die polnische Regierung teilte am 14. November der Sowjetregierung mit, daß Polen an der Abrüstungskonferenz, die am 30. November beginnen soll, teilnehmen werde.

Fucht des Sultans auf ein englisches Schiffschiff.

London, 17. Nov. Nach einer Neutermeldung aus Konstantinopel hat sich der Sultan heute Morgen auf das britische Schiffschiff „Malaya“ begeben, das sofort nach Malta abgegangen ist.

Paris, 17. Nov. Nach einer Havas-Meldung hat sich der Sultan an Bord des englischen Dampfers „Malaya“ gestülcht, mit ihm sein Sohn Mehmed Ersozul. Der Dampfer ist sofort nach Malta abgegangen. Beim Betreten des Dampfers erklärte der Sultan, er danke nicht ab, sondern gehe nur fort wegen einer ihm unmittelbar drohenden Gefahr.

Gerichtliche Verfolgung des Sultans und der Minister in Konstantinopel!

Konstantinopel, 16. Nov. Havas meldet um 7.15 Uhr abends: Die Nationalversammlung von Angora hat einen Antrag Komitais angenommen, in dem die gerichtliche Verfolgung des Ministeriums und des Sultans gefordert wird. Sie hat sich gleichzeitig die spätere Durchführung der Entschliessung vorbehalten.

Erste Zeichen aus dem Orient.

London, 18. Nov. Reuter meldet aus Kairo, daß zwei hervorragende Mitglieder der neugegründeten liberal-konstitutionellen Partei von Ägypten durch Revolverschüsse schwer verwundet wurden. — Die liberal-konstitutionelle Partei will noch mit den Engländern paktieren, während die ägyptischen Nationalisten ganz frei von England sein wollen.

London, 18. Nov. Wie aus Konstantinopel berichtet wird, ist der Präsident der türkischen sozialistischen Partei ermordet worden.

Englische Vorstellungen bezüglich der Beurteilung der ehemaligen griechischen Minister.

Athen, 17. Nov. Den Blättern zufolge soll der englische Gesandte wegen des Prozesses gegen die ehemaligen Minister bei der Regierung vorstellig geworden sein und den Standpunkt vertreten haben, daß das Todesurteil nicht vollstreckt werden dürfe.

Ausland.

Festessen zu Ehren des deutschen Botschafters in Moskau.

Moskau, 17. Nov. Gestern gab Tischtscherin zu Ehren des deutschen Botschafters ein Dinner, an dem sämtliche Mitglieder der deutschen Botschaft in Moskau teilnahmen. Unter den Geladenen befand sich das ganze Kollegium des Außenministeriums.

Eine englische Rettungsprämie an einen deutschen Dampfer.

Berlin, 17. Nov. Nach einer Londoner Meldung der „Berliner Zeitung“ hat der Hamburger Amerika-Dampfer „Fürst-Bilow“, der im vorigen Mai einen britischen Dampfer mit Ruderschaden bei schwerem Wetter im Atlantischen Ozean Hilfe leistete, eine Prämie von 4200 Pfund Sterling (rund 150 Millionen Mark) zugesprochen erhalten. Das ist das erstmal seit dem Kriege, daß ein deutsches Schiff von einem englischen Gerichtshof eine Rettungsprämie erhalten hat.

Die Handelsbilanz Polens.

Warschau, 17. Nov. Wie das Statistische Amt mitteilt, belief sich die Einfuhr nach Polen im ersten Halbjahr 1922 auf 223 Milliarden Mark, die Ausfuhr auf 100 Milliarden Mark.

Vertrauensstundgebung der italienischen Kammer für Mussolini.

Rom, 18. Nov. Die Kammer hat gestern in namentlicher Abstimmung mit 306 gegen 116 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird.

Amerikanische Bauten in Triest.

(D.A.Z.) Wie aus Triest dem Deutschen Ausland-Institut gemeldet wird, erfährt der Hafen von Triest (Neuztalien), der schon wieder über 60 vom Hundert seines Verkehrs verkehrt hat, nächsten einen gewaltigen Ausbau; es werden neue Hafenanlagen errichtet werden. Die amerikanische Firma Ford geht daran, im Triester Freihafengebiet große Anlagen zu errichten, auch die bekannten Hochöfen bei Serrola im Küstenland werden binnen kurzem ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Die ehemals militärischen Werften von Pola, Triest und Monfalcone, letztere eine der größten im Königreich, sind in Friedensbetriebe umgewandelt worden und stellen jetzt bis zu 200 000 Tonnen Handels- und Passagierschiffe im Jahr fertig. Die Bevölkerung verlangt von der Regierung die Erklärung des gesamten Triester Hafens zum Freihafen.

Errichtung eines amerikanischen Völkerbunds.

London, 17. Nov. Die „Times“ melden aus Washington, daß über die Tagesordnung des Panamerikanischen Kongresses, der im nächsten Jahre in Santiago de Chile stattfinden soll, Besprechungen aufgenommen worden seien. Ein Punkt der Tagesordnung werde die Errichtung eines amerikanischen Völkerbundes sein.

Deutscher Reichstag.

Die Not der Wissenschaft und geistigen Arbeiter.

Berlin, 16. Nov. Die Sitzung wird mittags 2.20 Uhr eröffnet. Die Regierungstische sind leer. Das Haus ist nur schwach besetzt. Das Reichsentlastungsgesetz wird dem Ausschuss für die Entschuldigungsgehalte überwiesen. Die Besprechung der Zentrumsinterpellation über die Not der deutschen Wissenschaft wird fortgesetzt. Abg. Dr. Moses (S.) erklärt, daß auch die Arbeiterklasse die Not der deutschen Wissenschaft schmerzhaft empfinde, weil dadurch der Aufstieg des Proletariats behindert werde. Ohne die Wissenschaft sei der geistige, kulturelle und wirtschaftliche Aufstieg unmöglich. Es sei eine Ehrenpflicht der deutschen Großindustrie, die wissenschaftlichen Institute ausgiebig zu unterstützen. Auch unsere Großbanken, die im Gelde schwämmen, sollten helfen. Von dem Schiebertum sei freilich nichts zu erwarten, das für Eintrittskarten zu Vorkämpfen bis zu 20 000 Mark zähle, für wissenschaftliche Zwecke aber nichts übrig habe. Die Arbeiterklasse wisse, daß viele Universitäten ein Hort der Reaktion seien. Sie habe aber alle Achtung vor der Wissenschaft. Der Redner weist auf die große Not im Verzeitalter hin und fordert Verteilung der Verzeite auf dem flachen Lande. Abg. Dr. Strathmann (D.N.) begrüßt die Einigkeit aller Parteien in dieser Frage. Poinscaré hat 1915 in einem Buche alle Großtaten der Wissenschaft den Franzosen zugeschrieben und selbst Kant nur als Stern 3. Größe angesehen. Dabei habe die Entente uns unsere Patente geraubt. Von den insgesamt 17 Nobelpreisen für Chemie seien bisher allein 9 an Deutschland gefallen. Der Redner weist auf die praktischen Ergebnisse deutscher Forschungsarbeit hin und nennt die Namen Helmholtz, Gauß, Siemens und Herz. Die Notgemeinschaft müsse mit einer halben Milliarde unterstützt werden, auch wenn die Reparationskommission ein saueres Gesicht mache. Bedauerlich sei die Hartnäckigkeit der Papier-Industrie. Abg. Dr. Moldenhauer (D.V.) weist den der deutschen Industrie und der Bankwelt gemachten Vorwurf des Anjaurens gegenüber der Wissenschaft zurück. Diese Kreise haben für wissenschaftliche Zwecke immer eine offene Hand gehabt. Der Redner erinnert an die Zuwendungen für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die Helmholtz, Liebig- und Bayer-Gesellschaft. Die Frage des Schutzes der deutschen Wissenschaft hänge eng zusammen mit der Stabilisierung der deutschen Mark. Abg. Schüling (Dem.) betont die Notwendigkeit, ein einheitliches Kulturbewußtsein im deutschen Volke zu schaffen. Die deutsche Wissenschaft habe sich exportfähiger erwiesen als die deutsche Kunst. Von dieser habe eigentlich sich nur die deutsche Musik das Ausland erworben. Goethe und Schiller seien im Ausland leider nicht so bekannt, wie sie es verdienen. Kennzeichnend sei das Wort Victor Hugos, das Goethes bestes Werk der „Wallenstein“ sei. (Seitertelt.) An den Universitäten müsse in erster Linie Platz für die deutschen Studenten sein. Seien noch Plätze frei, dann sollten wir uns freuen, wenn Ausländer zu uns kommen. Von 100 verteilten Nobelpreisen sind 20 auf Deutschland gekommen. Der Redner warnt vor dem Antisemitismus und fordert stärkere politische Kultur. Bedauerlich sei das ablehnende Verhalten des Ausschusses der Berliner Studentenschaft gegenüber einer Ehrung des lebenden deutschen Dichters, des 60jährigen Gerhardt Hauptmann. Das sei ein Mangel an politischer Kultur. Erforderlich seien Kulturattachés bei den deutschen Gesandten im Ausland. Abg. Dr. Beyerle (B.V.) schließt sich den Wünschen der Interpellation von ganzem Herzen an. Bayern habe stets eine offene Hand für Kunst und Wissenschaft gehabt. Ohne die bayerischen Monarchen wären die großen Museen in München und Nürnberg nicht möglich gewesen.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“.

Der Redner begrüßt die Schaffung eines Ost-Europa-Instituts in Breslau, das die wirtschaftlichen Vorbedingungen für nähere Beziehungen zum Osten schaffen werde. Abg. Beyerle (B.V.) schließt sich der Zentrumsinterpellation durchaus an. Bayern sei in der Unterstützung der Privatdozenten führend vorangegangen. Er empfiehlt das Ost-Europa-Institut in Breslau und das Römisch-Germanische Museum in Mainz der besonderen Fürsorge des Reichs. Abg. Heydemann (Komm.) greift die Universitäten an, die jetzt als Drillinstitut für die Funktionäre des Kapitals gelten könnten und hält den Professoren vor, daß sie vor dem hoffnungslosen Trottel Wilhelm II. gefahrbudelt hätten. Obwohl die Studenten die größten Schandtatzen gegen die Republik und die Arbeiterklasse begangen hätten, werde seine Partei doch dafür eintreten, den Studenten das Erlernen der Wissenschaft zu sichern. Abg. Wegmann (USP.) fordert, daß die Universitäten nicht allein den bestehenden Klassen offenstehen dürften. Ein wirklich geistiger Aufstieg im Gesamtinteresse des Volkes sei nur möglich, wenn es auch den befähigten Köpfen aus den Kreisen der Arbeiterklasse ermöglicht werde, die Universitäten zu besuchen.

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.) stellt in seinem Schlusswort fest, daß bei allen Parteien volles Verständnis für die Not der Wissenschaft bestehe. Aber was bedeuteten demgegenüber die 20 Millionen, von denen der Staatssekretär gesprochen habe? Auf das Wägenatentum sei nicht zu rechnen und mit Almosen sei auch der Wissenschaft nicht geholfen. Damit schließt die Aussprache.

Deutschland.

Noch keine Klärung der Reichskabinetfrage.

Berlin, 17. Nov. Wie der „Vossischen Zeitung“ aus Hamburg gemeldet wird, hat Geheimrat Dr. Cuno heute an einer Aufsichtsratsitzung der Sapag teilgenommen. Außerdem hatte er eine Unterredung mit Harrigan. Am 12.30 Uhr ist er nach Berlin zurückgekehrt. Durch die Abwesenheit Dr. Cunos von Berlin erfuhr die Frage der Regierungsbildung seit gestern Abend im allgemeinen keine Veränderung. Ueber die Haltung des Zentrums gegenüber der Reichskanzlerkandidatur Cunos schreibt die „Germania“, daß das Zentrum erst das Programm Cunos abwarten und bis dahin mehr die Rolle eines abwartenden Beobachters spielen wolle. Für das Zentrum komme allein ein Regierungsprogramm in Frage, das in seinen Grundzügen nur dasjenige der vergangenen Regierung sein könne. Auch die Haltung der Deutsch-Nationalen Volkspartei wird, wie der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt, in erster Linie durch den Inhalt des neuen Regierungsprogramms bestimmt. Da man in ihren Kreisen in der letzten deutschen Note einen wesentlichen Fortschritt gegen früher sehe, dürften der Gegensatz der Deutsch-Nationalen Volkspartei gegen das Kabinett Cuno zum mindesten kein scharfer sein. Viel hänge allerdings von der Frage ab, ob Cuno sich die These seines Vorgängers „Der Feind steht rechts“ auch zu eigen machen werde.

Das Zentrum gegen kirchenfeindliches Vorgehen der sächsischen Regierung.

Berlin, 17. Nov. Die „Germania“ meldet: Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat eine Interpellation eingebracht, worin es heißt: Das sächsische Kultusministerium hat durch Verordnung vom 12. August bestimmt, daß an staatlich nicht anerkannten Feiertagen der Schulen und Schülern künftig in keinem Fall mehr eine Unterrichtsbesetzung zum Zweck der Teilnahme an religiösen Feiertagsveranstaltungen erteilt werden dürfe. Eine weitere Verordnung verbietet jede Art religiöser Beeinflussung außerhalb des Religionsunterrichts. Diese Maßnahmen widersprechen den Artikeln 135, 147 und 140 der Reichsverfassung. Welche Schritte gedenkt die Reichsregierung zu unternehmen, um der durch die Reichsverfassung feierlich gewährleisteten Gewissensfreiheit im Freistaat Sachsen Achtung zu verschaffen und die Bekenntnisfreiheit der Bevölkerung vor einer Vergewaltigung zu schützen.

Ein mildes Urteil gegen einen ehelichen Landesverräter.

Leipzig, 17. Nov. Der zweite Senat des Reichsgerichts verhandelte heute gegen den Unterwachtmeister der Schutzpolizei in Königsberg, Herhard Gebauer, wegen Landesverrats. Der Angeklagte hatte als Mitglied der Luftfahrüberwachungsabteilung Seerappen, wie er angibt aus Nahe an dem Major der Schutzpolizei, der mehrere Ameratden gemohregelt hatte, der Ententekommission Angaben über mehrere Rissen mit wertvollen optischen Instrumenten gemacht, die bei Auslösung des Flugplatzes Seerappen beiseite gebracht worden waren. Der Angeklagte wurde wegen seiner ehelichen Handlungsweise unter Verfolgung mildernden Umstände zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Oberreichsanwalt hatte zwei Jahre Zuchthaus beantragt.

Zuweisung von Wohnraum an deutschstämmige Ausländer.

Geflüchtete und vertriebene Deutsche sind von den Gemeinden bei der Unterbringung der Wohnungsuchenden vorzugsweise zu berücksichtigen. Den Flüchtlingen und Vertriebenen deutscher Staatsangehörigkeit sind die deutschstämmigen Ausländer gleichzustellen. Als Flüchtlinge im Sinne dieser Bestimmung sind daher insbesondere auch die auch den russischen Hungergebieten abgewanderten reichsdeutschen und deutschstämmigen Personen, wie z. B. die Wolgadeutschen, anzusehen. Auch bei diesen Personen ist der Zwang zur Abwanderung durch den Krieg und seine Folgen verursacht. Es erscheint daher angebracht, auch sie bei der Unterbringung der Wohnungsuchenden vorzugsweise zu berücksichtigen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 18. November 1922.

Vom Rathaus.

In der am Donnerstag unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner stattgefundenen Gemeinderats-sitzung wurde zunächst der ausgeschriebene Langhölzerverkauf genehmigt. Ausgeboten waren 547 Festmeter, eingegangen sind 22 Angebote. Erzielt wurden 375 Prz. der staatlichen Forsttaxe. Der Gemeinderat nahm mit Befriedigung von dem sehr günstigen Ergebnis Kenntnis. GR. Perrot empfiehlt, an die hiesigen Schreiner einen kleineren Bedarf Holz abzugeben. Waldmeister Wintlerle will zu diesem Zweck einige kleinere Lose machen, die von den Schreineren ersteigert werden können. An den Verkauf schließt sich eine kleine Ausführung über die Siedlungsbauten an, indem GR. Pfrommer darauf hinweist, daß die Bauten unter den jetzigen Verhältnissen sehr teuer kämen, worauf der Vorsitzende entgegnet, daß den größeren Ausgaben auch wesentlich größere Einnahmen gegenüberstehen. Die Einwohnererschaft könne über die Verhältnisse beruhigt sein, denn Wohnungen hätten unbedingt geschaffen werden müssen und auch jetzt noch dringe die Regierung darauf, daß alle Vorbereitungen zum Bauen für das nächste Jahr getroffen werden sollen. Es werde aber bei den wahn-sinnigen Preisen von Neubauten abgesehen werden müssen. Möglich sei, daß im Kapellenberg die Straße noch weiter geführt werde, wenn im kommenden Winter Arbeitsgelegenheit für die Erwerbslosen bereit zu stellen sei. GR. Störzler bemerkt, Kritik werde überall geübt und so auch an dem Siedlungswesen, das aber als durchaus notwendig sich erwießen und wenigstens der allerdingendsten Not abgeholfen habe. GR. Staudenmeyer führt aus, niemand habe die teure Entwicklung vorausgesehen und es sei ein Unrecht, den an der Spitze des Siedlungswesens stehenden Männern Vorwürfe zu machen. Es sei leicht zu sagen, die Häuser kämen zu teuer; was sei aber denn überhaupt billig? Seien nicht alle andern Preise ebenso außerordentlich gestiegen? Jedenfalls sei hier etwas Schönes geschaffen worden und man könne es nur begrüßen, daß die Wohnungsverhältnisse durch die Neubauten besser geworden seien. Man habe den Siedlern seinerzeit gesagt, die Wohnungen kämen infolge der fortwährenden Aufschläge ziemlich hoch, aber keiner der Siedler wollte sich zurückziehen, die Stadt müsse sich aber gewisse Garantien verschaffen, ehe die Siedler in die Häuser einzöhen. GR. Dreiß und Bauehle sprachen sich dahin aus, daß jedenfalls im Bauen nun eine Pause eintreten müsse; an eine Weiterführung der Siedlungen könne erst gedacht werden, wenn die Preise nicht mehr sich ins Unendliche steigern. — Für die städtischen Beamten sind, wie für die Staatsbeamten, vom September und Oktober an neue Gehälter vorgesehen. Dieselben entsprechen den Sätzen der Reichs- und Staatsbeamten. GR. Bauehle gibt dem Wunsch Ausdruck, es möchten die neuen Gehälter sobald als möglich ausbezahlt werden, da die Gehaltserhöhungen erst nach den eingetretenen Preissteigerungen bewilligt wurden und die Beamten doppelt geschädigt werden, wenn die Ausbezahlung sich verzögere. Ebenso sollen die Gehälter der Lehrer am Realgymnasium und der Volksschule sofort nach der Anweisung durch die Behörde ausbezahlt werden. Der Vorsitzende sagt Berücksichtigung zu. Auf Antrag von GR. Staudenmeyer wird der Amtsaufwand des Vorsitzenden ebenfalls vom 1. Okt. an einstimmig erhöht. Die Löhne für städtische Arbeiter werden nach den Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverband ebenfalls erhöht. — Die Kohlspreise müssen schon wieder erhöht werden. Die Kohlen haben bedeutend aufgeschlagen und es sind zur Anschaffung große Mittel erforderlich. Die Betriebsmittel des Gaswerks werden von 1,2 Millionen auf 2 Millionen Mark und die Rate für Rückstellungen auf 100 000 Mark erhöht. Die Erhöhung der Kohlenpreise bedingt auch höhere Gaspreise. Der Vorsitzende nimmt an, daß der Gaspreis auf etwa 50 M pro cbm festgesetzt werden müsse. Die Erhöhung der Kohlspreise sei jetzt schon notwendig. Der Preis für Brechfols wird von 700 M auf 800 M, für Grobkots von 695 auf 790 M, für Bohnenkots von 640 auf 700 M und für Abfallkots von 550 auf 600 M festgesetzt. Vom 1. Nov. an soll der Rabatt, der der Stadt als Großabnehmerin seither gewährt worden ist, weggelassen. GR. Sannwald beantragt, die Reduktion des Rabatts nur auf 25 Prz. vorzunehmen, der Antrag findet Zustimmung.

Das Ministerium des Innern hat eine Verfügung betr. Erhöhung der Fleischschaugebühren erlassen. Die Gebühren erfahren eine Verdoppelung der seitherigen Fleischbeschau-sätze. — Der Vorsitzende beantragt für das Freimachen von Wohnungen die Aussetzung von Prämien. Es werde zwar dadurch keine große Linderung der Wohnungsnot eintreten, aber immerhin sei es möglich, daß den Eltern bei ihren Kindern ein Platz frei gemacht werde. Für eine freigewordene Wohnung mit 1 Zimmer, Küche und Zubehör sollen 1000 M, für 2 Zimmer mit 1 Zimmer, Küche und Zubehör 3000 M, für 3 Zimmer 4000 M, für 4 Zimmer 5000 M und für 5 Zimmer 6000 M Prämie ausgesetzt werden. Voraussetzung ist, daß der die Wohnung Aufgebende auf die Dauer von 5 Jahren hier auf eine eigene Wohnung verzichtet. GR. Staudenmeyer und Mag versprechen sich zwar nicht viel von dem Versuch, aber immerhin sei es ein gangbarer Weg zur Gewinnung von einigen Wohnungen. Der Gemeinderat stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden zu unter gleichzeitiger Verdoppelung der angegebenen Sätze. Die Verfügung tritt am 1. Jan. 1923 in Kraft. — Die Viehmarktstandgebühren waren bisher noch sehr niedrig; künftig soll das Standgeld für 1 Stück Vieh 20 M, für 1 Schwein 10 M und für einen Korb Milchschweine 40 M betragen. — Für die bevorstehende Gemeinderatswahl werden folgende Beschlüsse gefaßt: Die Stadt wird wie bisher in 3 Wahlbezirke geteilt; Wahlbezirk Süd wählt im Sitzungssaal des Rathauses, Wahlbezirk Nord im unteren Schulzimmer des Rektoratsgebäudes und Wahlbezirk Ost in einem noch näher zu bestimmenden Wahllokal. Die Wahlhandlung findet am Samstag, den 9. Dezember statt und dauert ununterbrochen von 1—8 Uhr. Stimmzählung wird am Sonntag von 8 Uhr an vorgenommen. Wahlvorstand im 1. Bezirk ist Stadtschultheiß Göhner, im 2. Bezirk GR. Störzler und im 3. Bezirk GR. Bauehle. Im Anschluß an die Beschlüsse bringt GR. Staudenmeyer Folgendes vor: Die Kosten der Wahl werden für die einzelnen Parteien und etwaige Interessentengruppen sehr hoch und beinahe unaufbringlich. Da jeder Wähler Interesse an der Wahl habe, liege eine Angelegenheit der Allgemeinheit vor. Er beantrage deshalb, die Kosten der Stimmzettel usw. auf die Stadtkasse zu übernehmen. Der Gemeinderat beschließt, zwei Drittel der Kosten auf die Stadt zu übernehmen, das übrige Drittel haben die Wahl-vorschläge einreichenden Parteien zu gleichen Teilen zu tragen. — Bezüglich der Wiederherstellung der Nikolauskapelle hat Architekt Mäde-Stuttgart Pläne ausgearbeitet, die die Zustimmung des Bundes für Heimatschutz und des Landeskonser-vators gefunden haben. Der Vorsitzende legt die Pläne vor und bemerkt hiebei, daß über die Frage, ob die Ergänzungen an einem Bauwerk im alten Stil oder nach modernen Gesichtspunkten ausgeführt werden sollen, die Künstler und Sachverständigen selbst nicht einig seien. Prof. Fiechter habe in seinem Gutachten ausgesprochen, daß die alte Kreuzblume ganz gut wieder verwendet werden könne. Die neuen Pläne würden voraussichtlich einen Aufwand von 200 000 M erfordern. GR. Bauehle will eine nähere Beratung über die neuen Pläne und überhaupt ein Zurückstellen der Angelegenheit für spätere, bessere Zeiten. In gleichem Sinne sprechen sich die GR. Sannwald, Knecht, Dreiß und Frau Konz aus, welche letztere für die Restaurierung einen freudigen Spender aus Amerika wünscht. Es wird beschlossen, das Dach der Kapelle in guten Zustand verlegen zu lassen und die Kreuzblume wieder aufzusetzen. — Der ev. Krankenpflegeverein ist in großer Not und in seiner Existenz bedroht, er bittet daher um kräftige Beihilfe. Der Gemeinderat anerkennt allerseits die gemeinnützige Tätigkeit des Vereins und bewilligt eine Unterstützung von 10 000 M. — Der ev. Kirchengesangverein bittet um Nachlaß der Vermögenssteuer für das Konzert am 1. Advent, was genehmigt wird. Zugleich sucht der Verein um einen Beitrag zur Heizung der Stadtkirche am 1. Advent, Christfest, Sylvesterabend und Neujahr nach. Nach längerer Debatte werden für die Heizung am 1. Advent 10 Ztr. Koks bewilligt, dagegen für die andern Tage das Gesuch abgelehnt, da die Heizung an diesen Tagen Sache der Kirche sei und diese ihre Bedürfnisse durch eine Umlage verschaffen könne. — (Schluß des Berichts folgt.)

Dratorium „Paulus“.

Man schreibt uns: Am Sonntag, den 3. Dezember (1. Advent) bringt der hiesige Kirchengesangverein das Dratorium „Paulus“ von Mendelssohn in der hiesigen Stadtkirche zur Aufführung. Namhafte Solisten (Frau Lang, Herren Haas und Ackermann) und ein vollbesetztes großes Orchester bürgen dafür, daß die Aufführung der vorangegangenen würdig sein wird. Darbietungen in kleinen Städten von den Ausmaßen, wie sie bei „Paulus“ not-

wendig sind, können aber heutzutage nur dann gewagt werden, wenn zu der selbstlosen hingebenden Arbeit der Mitwirkenden auch eine starke Beteiligung von Stadt und Land tritt, d. h. wir brauchen, um mit den erheblichen Kosten herauszukommen, eine volle Kirche.

Kartoffelbejörderung der Eisenbahn.

Ueber die Leistungen der Eisenbahnverwaltung zur Bewältigung des Kartoffelverkehrs wird aus Berlin mitgeteilt, daß vom 1. September bis zum 11. November 30 Millionen Ztr. mehr verladen wurden als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Vom Calwer Schlachthaus.

In der Zeit vom 1. bis 15. Nov. 1922 wurden im hiesigen Schlachthaus geschlachtet: 11 Ochsen, 7 Rinder, 1 Ferkel, 7 Kühe, 59 Kälber, 17 Schweine, 8 Schafe und 3 Ziegen.

Konflikt zwischen den Württ. Krankenkassen, Zahnärzten und Dentisten.

(Stuttg.) Stuttgart, 17. Nov. Nachdem über die Gebühren für Zahnbehandlung für das 3. Vierteljahr (1. Juli bis 30. Sept. 1922) eine Einigung zwischen Krankenkassen, Zahnärzten und Dentisten nicht erzielt werden konnte, wurde von den Zahnärzten und Dentisten das für diese Streitfälle vereinbarte Schiedsamt angerufen. Dessen Entscheidung wurde von Zahnärzten und Dentisten angenommen, dagegen von den Krankenkassenverbänden abgelehnt. Trotzdem versuchten Zahnärzte und Dentisten in neuen Verhandlungen, zu einer Einigung mit den Krankenkassen zu kommen. Auch diese sind gescheitert, da die Krankenkassen sich nicht auf den Boden des Schiedspruchs stellen wollten. Damit ist es zu keiner Einigung gekommen und der vertragslose Zustand eingetreten.

(Stuttg.) Stuttgart, 17. Nov. In der kürzlich stattgefundenen Versammlung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ist der Redner der Deutsch-demokratischen Partei durch den Versammlungsleiter Jäschke mit Verleumdungen überschüttet worden. Der Redner, Johannes Fische, hat nun gegen Jäschke die Beleidigungsklage eingeleitet.

(Stuttg.) Bopfingen, 17. Nov. Der verheiratete Balthasar Hähle von Hlochberg wurde beim Arbeiten im Steinbruch am Weiberg von herabrutschenden Steinmassen verschüttet. Arme und Beine waren mehreremal gebrochen. Hähle war auf der Stelle tot.

(Stuttg.) Laufen a. N., 17. Nov. Der Gemeinderat beschloß die Uebernahme des Gaswerks in städt. Betrieb. Das Werk geht mit sämtlichen Aktiven und Passiven auf die Stadt über und den Aktionären werden pro Aktie 2000 M herausbezahlt.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar stand gestern auf 6750 M, der Schweizer Franken auf 1218 M.

Märkte.

(Stuttg.) Gaildorf, 17. Nov. Auf dem Schweinemarkt wurden sämtliche zugeführten 49 Stück verkauft zum Paarpreis von 21 000—30 000 M.

(Stuttg.) Biberach, 17. Nov. Der Roßmarkt zeigte einen Auftrieb von nahezu 150 Pferden aller Schläge. An Kaufsliebhabern und Marktbesuchern fehlte es nicht. Für Schlachtpferde wurden von 10 000 M an bezahlt. Die Preise für leichte und schwere Arbeitspferde bewegten sich von 50 000—700 000 M. Für 1 Paar schwere Zugpferde wurde 1 Million gefordert. Der Umsatz war befriedigend.

Die besten Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Wertesposten in Zulag kommen. D. Schriftst.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seilmann, Calw.
Druck und Verlag der A. Dellshägerschen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.

Die größte Auswahl in

Kinderrwagen, Klapp-Sportwagen
in einfach bis hochsein.

Kindermöbel, Ruhestühle,
Koffer und Lederwaren

in gediegener Ausführung kaufen Sie billig bei
Wilhelm Broß, Pforzheim,
Ecke Zerrnenstraße und Baumstraße.



BRENNABOR

Bezirksarbeitsamt Calw. Lederstr. 161.

Offene Stellen für
1 Bauhilfsarbeiter (nicht unter 22 Jahre alt)
1 Hausbursche (18-22 J. alt)
Calw, den 17. November 1922.

2 Hilfsarbeiter (18-19 J. alt)
1 Schreiner zur Wushilfe
Off. Lehrstellen für
1 Tischnerlehrling.
Verwalter: Prof.

Stammheim.

Auf die am Rathaus in Stammheim und am Gebäude von W. Wörth, Station Teinach angeschlagene

Bekanntmachung des Tags der Gesamt-Gemeinderatswahl und Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen
wird hingewiesen.

Den 17. November 1922.

Schultheiß: Kaufser

Stadtgemeinde Calw.

Gemeinderatswahl.

1. Die Wahl für den Gemeinderat findet am
Samstag, den 9. Dezember 1922,
von nachmittags 1—8 Uhr

mittels geheimer Abstimmung für Wahlbezirk I in dem Rathauszimmer Nr. 9, für Wahlbezirk II im Rektoratsgebäude bei der Kirche und für Wahlbezirk III im Gasthof zum „Aldler“, Nebenzimmer, statt. Die Wahl wird in ununterbrochener Handlung nach dem Grundatz der verhältnismäßigen Vertretung der Wähler vollzogen.

Wahlvorschläge sind bei dem Unterzeichneten spätestens bis Sonntag, den 26. November ds. J., abends 7 Uhr, schriftlich einzureichen. Vordrucke sind beim Stadtschultheißenamt zu haben. Im übrigen wird auf den Anschlag am Rathaus verwiesen.

Calw, den 17. November 1922.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Calwer Schützengesellschaft.
Morgen Sonntag nachm.
8 Uhr Schützengeschießen.

Der Stadtausschuss unseres heutigen Blattes liegt ein Prospekt der Firma Heinrich Frank Söhne G. m. b. H., Berlin-Ludwigsburg bei.

Stadtgemeinde Calw.

Ortspolizeiliche Vorschrift betr. Regelung des Straßenverkehrs.

Vom Stadtvorstand wurde mit Zustimmung des Gemeinderats am 2. November 1922 folgende ortspolizeiliche Vorschrift erlassen:

„Der Strafbestimmung des § 366 Ziff. 10 A. St.-G.-B. unterliegt, wer auf öffentlichen Straßen, insbesondere auf Schwegen, in einer den Verkehr störenden oder das Publikum belästigenden Weise geht oder herumläuft.“

Diese Vorschrift wurde vom Oberamt Calw am 13. Nov. 1922 für vollziehbar erklärt.

Calw, den 16. November 1922.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Ostertag-Raffenschränke

kurzfristig lieferbar
Alleinvertretung für die Oberämter Calw u. Nagold
Georg Köbele, Nagold, Tel. 126.

Verloren !!!

Am 17. ds. Mts. ging in einem Wagen 4. Klasse von Pforzheim nach Calw oder auf dem Wege v. Bahnhof bis Weggermeister Sourdau

1 Ohrring

Gold mit Platin-Chaton und einem Brillanten, gefaßt verloren.

Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben gegen gute Belohnung abzugeben bei Weggermeister Sourdau, Calw oder Frau Beck, Pforzheim, Westliche 65.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf Markung Gedingen belegenen, im Grundbuch von Gedingen, Seit 148 und 149, Abteilung 1 Nr. 1 und 2 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Johann Georg Eug. Zimmermanns in Gedingen und seiner Ehefrau Elisabeth Katharine, geb. Gehring, eingetragen

Grundstücke

- Geb. Nr. 59 1/2: 89 qm Wohnhaus und Hofraum; 56 qm gemeinschaftlichen Hofraum mit Gebäude Nr. 59 außen im Dorf;
- Parz. Nr. 108: 55 qm Gemüsearten und Hofraum an der Schaafgasse, Schätzungswert 123000 Mk.;
- Parz. Nr. 3786/1: 7 a 20 qm Acker im vorderen Lehen, Schätzungswert 1000 Mk.;
- Parz. Nr. 1079/2: 8 a 17 qm Acker auf dem Berg, Schätzungswert 800 Mk.;

am Montag, den 8. Januar 1923 nachmittags 1 Uhr

auf dem Rathaus in Gedingen versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 1. November 1922 in das Grundbuch eingetragen. Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erstellung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes treten würde.

Gedingen, den 17. November 1922.

Der Kommissär:
Bezirksnotar Immendinger.

Anton Müller, Calw
vormals Conzelmann. — Untere Marktstr. 71

**Kupferschmiede
Apparatebau u. Verzinnerei**

empfehlen sich zur
**Anfertigung von Brennkesseln
Waschkesseln, Wasserschiffen
und Hotelgeschirr.**

Delikatessen-Bohnschlagerei

Neben Neys und Mohn nehme ich auch täglich zur Verarbeitung im Lohn an:

**Bucheln
Hanf-
Senf-
Hederich-
Dotterreps-
Lein-**

Saaten. Bei reichster Ausbeute und mäßiger Berechnung erhalten Sie bei mir ein erstklassiges bis auf den letzten Tropfen nitres Del sowie gemahlene Kuchen zurück.

Bucheln werden bei mir vor der Verarbeitung entkernt, wodurch eine weit bessere Delqualität wie auch größere Ausbeute gewährleistet wird

Alfred Reclam, Nagold
Fernsprecher 101.



Waschen

Sie nur mit
Schneekönig

es ist das beste
Seifenpulver.

Willst du süßbrot backen!

Oetker's Rezepte



gelingen immer! Man versuche:

Vanille-Gebäck.

Zutaten: 125 g Butter, 100 g Zucker, 1 Päckchen Dr. Oetker's Vanillin-Zucker, 1/2 Päckchen Dr. Oetker's Backpulver „Backin“, 250 g Mehl, 1 Ei.

Zubereitung: Butter, Zucker, Vanillin-Zucker und Ei verrühre gut miteinander; dann füge das mit dem „Backin“ gemischte und gesiebte Mehl hinzu, verarbeite alles gut miteinander und forme von dem Teig eine große Rolle. Diese stelle einige Stunden kalt, schneide sie in Scheiben und backe sie schnell im heißen Ofen.

Rezept Nr. 8.

Freie Bäcker- Innung Calw.

Von Montag ab kosten:
1 Paar Wecken M. 30
jedes einz. Stück M. 15
1 weißes Laible M. 150
1 Pa. markenfreies
Schwarzbrot M. 250
1 Pfd. Zwieback M. 300
10 Gr. Heje M. 10

Verlang. Sie **gratis**

Preislist. üb. **Fahrräder,
Fahrradgummi,
Kinderwagen reifen
Kast.-u. Leiterwag.,
sowie Ersatzräder.**

Dieses liegt in Ihrem eigenen Interesse.

E. Levy, Hildesheim

Sie kaufen heute noch die beliebte

Gerster's Nähmaschine

vorteilhaft solange Vorrat
Stephan Gerster,
Hauptst. Reutlingen
Ankunft kostenlos-
günstige Zahlungs-
weise. Bei Kauf wird
Fahrt vergütet!

**Buchen-,
Eichen-,
Tannen-,
Forschen-,
Stockholz-,
Bündel- und
Schwarten-
Brennholz,
sowie**

Stangen
aller Klassen kauf
laufend geg. sortige
Kasse.

**Wilhelm Lanher,
Ebensbach/Witbg.**
Fernsprecher 2.

Pfaffenhütchenholz
auf zu hohen Preisen
kleine und große Quantum
Alfred Mayer,
Immendingen.
Jeder Auskunft siehe post-
wendend gerne bereit.



Pfaff- Nähmaschinen

reichhaltiges Lager
empfiehlt
**Jakob Lanzke,
Bjorzhelm,**
Deimlingstraße 8.
Fahrrad- und Näh-
maschinengeschäft.



Wir wissen Rat
Wie wir Ihre Rückgratver-
krümmung ohne Berufs-
störung bessern und ev.
heilen, zeigt unser Buch
mit 50 Abbildungen. Sen-
den Sie uns 20 Mk. oder
fordern Sie es d. Nachn.
Franz Wenzel
Stuttg. u. Hegelstr. 41.

2 Bettmöblier

verwandte Erwachsene der
Familie Joller, Füssen,
Sebastianstraße 6, Herr
Abold Andreas in Ober-
elchingen bei Ulm, Familie
Wächter, Mangelhölzle,
Post Bodentag bei Ra-
vensburg (Würtbg) und
viele andere danken herz-
lich für Heilung von dem
Uebel Herrn Heilk. W.
Boglsamer, Bettmöblier-
herverfabr., Wünnigen,
Klenzstr. 73, Rückporto.

Kleinfabrikation im Hause

richten wir ein. Dauernde
und sichere Existenz ohne
Kapital, besondere Räume
u. Berufsaufgabe nicht nötig.
Ankunft kostenlos. Rück-
porto erwünscht.
**Chem. Fabrik Heinrich,
Zeig-Weilsdorf.**

Verkauf am Donnerstag
den 23. Nov. nachm. 2 Uhr
eine zirka 12 Str. schwere
zum Schlachten taugliche



Ruh
im öffentlichen Ausschreib.
Gottlob König,
Lautenbachhof b. Leinach

**Alkoholometer,
Möfswagen, Futter-
prober, Milchwagen**
beziehen Sie am vorteilhaftest.
bei Apotheker Fr. Reich-
mann, Alte Apotheke,
Calw.

Für Felle

jeder Art, sowie gebrauchte
Mehlfäcke
und alle Sort. Säcke
werden die höchsten Preise
bezahlt nur bei
**Nosdzial,
Bjorzhelm,**
Klostermühlgasse 6
Ehningen, Telefon 2681.
Jedes Quantum wird
abgeholt.



Alle Musikinstrumente
für Haus und Orchester von
den einfachsten Saxier- bis
zu den feinsten Künstler-
instrumenten, aller Zubehör,
Saiten u. l. w. in reicher
Auswahl empfiehlt
**Musikhaus Eurtz,
Bjorzhelm, Leopoldstr. 17**
Arkadenstraße-Kochbrücke
Großhandlung Einzelverkauf
Ausführung all. Reparaturen
und Stimmen.

**Obertalheim-Nagold.
Gehe ein Paar
drei-jährige steinhige
Zug-
ochsen**



dem Verkauf aus
W. Urpberger.

Deckensfronn.

Einen 18 Monate alten

Zucht- Farren



(Rotschek)
setzt dem Verkauf aus.
Friedrich Nischele.

Lichtspieltheater Badischer Hof.

Morgen Sonntag nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr

„Violet“

Roman einer Mutter in 6 Akten
mit **Belpogramm:**
„Harrison und Barrison“.

Morgen Sonntag findet im

„Lamm“ in Simmozheim



statt. Mehrere Hundefreunde.

Kaufen Sie Ihre Weihnachtsgeschenke jetzt schon ein!

Es lohnt sich. Ein herrliches
Geschenkwerk ist der neue

Brockhaus

Handbuch des Wissens.
Band 1 und 2 in Halbleinen

Buchhandlung Kirchherr.

**Gustav Schock, Spezial-Werkstätte
für Kunstlederbau und Bandagen,
Pforzheim-Nordstadt, Sallersstraße 23, Fernspr. 1904**

Vertreter des Kresser-Kunst-Armes,
sowie Lieferant des O. I. 2. Patent-Kunst-Beines.
Anfertigung sämtlicher orthopädischer Apparate
und Bandagen von langjährig. Spezial-Fachmann.

In allen einschlägigen Geschäften
zu haben



Wolken Weinbrand

C. W. Kemp Nachf. A. G. Stettin
Gegr. 1850.

Lager unterhält unser General-Vertreter:
Conrad Petruschke, Ulm a. Donau, Fernruf 1457.

S u c h e zum sofortigen
Eintritt einen kräftigen

Pferde-Knecht
der gut mit der Kundschaft
umzugehen versteht.
Wiß. Binder, Ob. Mühle,
Aidlingen u. Böblingen

Zu verkaufen
ist ein guter, alter

Britischenwagen
Anzusehen am Sonntag
und Montag im Gasthaus
zum „Vögle“ in Stammheim.
**Wilhelm Walz,
Stammheim.**

Zu verkaufen:
Neuer selbstgauer Mantel,
Zivilform, für 100. Figur.
Zu kaufen gesucht:
Gebrauchte aber gut erhaltene
Petroleum- u. Stehlampe,
event. auch Küchenlampe.
**K. Springer,
Bad Liebenzell.**

Zu verkaufen:
Neuer selbstgauer Mantel,
Zivilform, für 100. Figur.
Zu kaufen gesucht:
Gebrauchte aber gut erhaltene
Petroleum- u. Stehlampe,
event. auch Küchenlampe.
**K. Springer,
Bad Liebenzell.**

Kaffee Erhard, 11. Stock.

Fräulein

18 Jahre altes
sucht Stellung auf einem
hiesigen oder in der Nähe
beizuliegenden Büro zu sofor-
tigem Eintritt. Stenogra-
phie und Maschinenschreiben
kann als Anhangsprobe in
Frage.
Best. Angebote sind er-
beten unter S. N. an die
Geschäftsstelle ds. Bl.

Schnauzer

2-jährig, grau, wachsam, Rude,
zu verkaufen
Teufelweg 625.

Rash berichtet
das „Calwer
Tagblatt“ über
alle wissens-
werten Vor-
kommnisse!

Auf die
Wolfs-
Behaup-
angebli-
wird d-
knapp e-
die deu-
die Ho-
weil di-
haupt-
zöfche
wideru-

Gehemra-
fabrikt-
weil di-
Wirtsch-
haben.
nun ein-
allen i-
sichtlich
bilden,

Die Enter-
schon in
über de-
sch jeh-
wohl a-
gerichte

Die S-
C-
Ber-
auftragte
ein Schr-
er mitte-
gültig ab-

Verfin-
tragte Ge-
Nebenstun-
teilten mi-
dem Ihre-
gab, daß j-
zialdemof-
sien gefan-
trauen ein-
bild hie-
ein Kabin-
sagung de-
spricht un-
hierfür er-
geben, daß
sondern an-
einer Par-
Person un-
glied des
soll. Dam-
schlicher
wenig ich
sicherzustel-
legen, daß
messen des
dung über-
bitte ich, d-
zurücklegen
Bertrauen
Mit der W-
bin ich, S-
Reichspräf-
Beiprechun-

Verlin-
strigen S-
mokratisch-
lamen, da-
wie vor a-

Verlin-
strigen S-
mokratisch-
lamen, da-
wie vor a-

Verlin-
strigen S-
mokratisch-
lamen, da-
wie vor a-